Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig, Anden & Komp., Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 2.00 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 6.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 9.00 M. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Bettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Bettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Inseratenpreis: die 7 gespaltene Nonpareillezeile 50 Pf., darauf 40 Prozent Teuerungszuschlag, bei Familienanzeigen die Zeile 60 Pf. (ohne Zuschlag). Inserate sind im voraus zu bezahlen. Eine Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen kann nicht übernommen werden. Für Briefniederlegung 20 Pf.

Nr. 129. | Dresden, Sonnabend den 7. Juni 1919. | 30. Jahrg.

Fortgesetzte Beratungen im Viererrat.

Nach dem diplomatischen Lagebericht von Havas hat der Viererrat die Prüfung der deutschen Gegenvorschläge und die zuständigen Ausschüsse sowie der Sachverständigen fortgesetzt. Mit Paderewskis Vortrag über die Grenzen Oberschlesiens waren die vier Regierungshäupter völlig einverstanden. Sie werden nicht geändert bis auf einige Grenzberichtigungen, die Städte und Dörfer betreffen. Hinsichtlich des Saarbeckens und der Besetzung des linken Rheinufers ist keine Aenderung zu erwarten. Vielleicht wird der Viererrat wenigstens annähernd die Höhe der von Deutschland zu fordernden Gesamtentschädigung festsetzen. Im ganzen sind alle Alliierten einig, dem Deutschland die Zustimmung zu den vorgelegten Friedensbedingungen zu erlangen. Er wird am Dienstag diese Bedingungen endgültig regeln und wahrscheinlich tags darauf mit der Redaktion der Antwort auf die deutschen Gegenvorschläge beginnen, die vielleicht am nächsten Freitag der deutschen Delegation übergeben werden. So viel man jetzt sagen kann, wird sie in erster Linie die deutsche Behauptung von der Verletzung der 14 Punkte Wilsons ablehnen, indem sie auf Grund der alliierten Proklamationen feststellen, daß die Alliierten ihren Entschluß bekundeten, Entschädigung zu verlangen, die Wiederherstellung Polens zu fordern usw. Die Antwort wird auch den Bericht des Entschädigungsausschusses weiter aufführen, indem die Gründe gegen seine Erweiterung durch deutsche Vertreter dargelegt werden. Auch werden die einzelnen Aenderungen des ursprünglichen Textes durch den Viererrat angegeben, jedoch keine Veränderung zugunsten Deutschlands. Die Antwort setzt dann der deutschen Delegation eine Frist von wenigstens drei oder höchstens fünf Tagen zur Zustimmung zum Friedensvertrag oder zur Verweigerung. Man sieht jedoch nicht ein, welches Interesse die Deutschen an einer Verweigerung der Unterzeichnung haben, für welche übrigens alle Maßnahmen von der Obersten Heeresleitung wie von Marschall Foch ins Auge gefaßt sind. – Zum Friedensvertrag mit Oesterreich hörte der Viererrat Benes, Venizelos, Bratianu und Paderewski über die Beschränkung der Rüstungen ihrer Staaten. Die tschechoslowakischen, die rumänischen, die serbischen und die polnischen Delegierten erkannten grundsätzlich die Berechtigung dieser Maßnahme an, hielten sie jedoch angesichts der unsicheren Lage in Mitteleuropa für verfrüht. Diese Ansicht drang durch. Schließlich antwortete der Viererrat dem türkischen Großwesir, daß er nicht als Bevollmächtigter der Türkei, sondern als eine Art Sachverständiger angehört werde.

Eine rheinische Abordnung in Versailles.

Versailles, 6. Juni. Heute vormittag traf eine rheinische Abordnung hier ein, um mit dem Grafen Brockdorff und der Friedensdelegation die die Rheinlande betreffenden Fragen zu besprechen. Graf Brockdorff-Rantzau beabsichtigt heute abend in der gleichen Angelegenheit zum Besuch des Kardinals v. Hartmann auf einen Tag nach Köln zu reisen.

Versailles, 6. Juni. Die heute hier eingetroffenen Vertreter des Rheinlandes hatten eine Konferenz mit der Friedensdelegation. Die Besprechung hatte vor allem den Zweck, den Grafen Rantzau und die übrigen Mitglieder der Delegation über die politischen Strömungen der Rheinprovinz zu informieren. Es ergab sich, daß die rheinische Bevölkerung fest zum Deutschen Reich hält und daß irgend welche dort feindlichen Einflüsse auf entschlossenen Widerstand stoßen werden.

•

Präsident Fehrenbach hat die Mitglieder der Nationalversammlung ersucht, am Donnerstag den 12. Juni in Weimar anwesend zu sein.

• • •

Tschechisches Mißtrauen.

Die tschechoslowakische Presse verlangt volle Wahrheit über die Ursachen, die den so plötzlichen Erfolg der ungarischen Bolschewiki herbeiführten. Im Ton der Anklage und des Mißtrauens wird darauf hingewiesen, daß in einer Zeit, da der Krieg mit Ungarn eröffnet wird, der italienische Generalissimus Piccioni abberufen und die tschechische Armee dem Kommando französischer Generale anvertraut wurde. „Was für eine Rolle," fragt Pravo Lidu, „spielt Italien bei diesem bolschewistischen Ueberfalle? Wie ist es möglich, daß der magyarische Ueberfall gelungen ist?"

Die Stärke der ungarischen Armee wird sehr verschieden beurteilt, aber es herrscht darüber Einigkeit, daß sie unzweifelhaft eine Gefahr für die Slowakei bedeute. Es tritt immer deutlicher zutage, daß durch die „Grenzregulierungen" der Entente eine Reihe neuer Brandherde für Europa geschaffen worden sind, mit denen zukünftig als mit einer ständig drohenden Gefahr zu rechnen sein wird.

Trotz der ernsten Lage, in der sich die Tschechoslowakei befindet, findet die tschechische Regierung noch Zeit und Mittel zur Vernichtung des Selbstbestimmungsrechts in Deutschböhmen. Kundgebungen der Deutschen werden verhindert und Einschreitungen mit bewaffneter Hand sind nichts seltenes. Zu den am Sonntag in Böhmen stattfindenden Gemeindewahlen ist für die rein deutsche Stadt Karlsbad eine besondere tschechische Kandidatenliste aufgestellt worden.

•

Die Uebergriffe und Anmaßungen werden von deutschen kapitalistischen Kreisen noch unterstützt. Als Anfänge der Bildung des tschechoslowakischen Staates die an Kriegsgewinne gewöhnten Aktionäre der Bergmann-Elektrizitäts-Werke, A.-G. (ehe in Podersbach eine Aktiengesellschaft mit großkapitalistischen Arbeitern beschloß, für ihre Firma einen tschechischen Namen zu suchen [illegible] Einerlei Bedenken. Geschäft ist Geschäft! Und so wurde dann, obwohl reichsdeutsche und deutschösterreichische Aktionäre eine würdigere Lösung der Schwierigkeit vorschlugen, im Namen des tschechischen Kapitals die Podersbacher Fabrik an ein rein tschechisches Unternehmen in Prag-Karolinenthal verkauft. Deren Aktionäre entlassen die tschechischen Unternehmer deutsche Arbeiter, die sie nicht unbedingt als Facharbeiter brauchen, und so werden in Deutschböhmen wiederum gegen tausend deutsche Arbeiter der Gefahr ausgesetzt, brotlos zu werden. So wirkt deutsches Unternehmertum für das Vaterland.

•

Das bedrohte Klagenfurt.

Wien, 6. Juni. In Klagenfurt sind gestern abend südslawische Patrouillen eingetroffen. Trotz der widerstandslosen Uebergabe und trotz dem Waffenstillstand haben die südslawischen Soldaten Plünderungen und Gewalttaten gegen die Zivilbevölkerung begangen. Die Presse fordert die Friedensdelegation im Saint-Germain auf, vom Friedenskongreß augenblicklich zu fordern, daß der südslawische Vorstoß eingestellt und das strittige Land nicht einseitig durch eine feindliche Besatzung beeinflußt werde.

Volksabstimmung für Klagenfurt.

Wien, 7. Juni. Die Abendblätter erfahren aus zuverlässiger Quelle, daß die endgültige Zuteilung von Stadt und Bezirk Klagenfurt von einer Volksabstimmung abhängig gemacht werden wird.

Die Gefahr des Staatsbankrotts.

Wien, 7. Juni. Wie die Wiener Allg. Ztg. erfährt, fand eine Sitzung der Vereinigung der Wiener Banken statt, in der die Auffassung zum Ausdruck kam, daß, wenn der dem Friedensdelegierten überreichte Friedensvertrag ratifiziert würde, der Staats- und Wirtschaftsbankrott in Deutschösterreich unvermeidlich wäre.

Die Umzingelung Dresdens.

Wolffs Sächsischer Landesdienst schreibt:

In einer Versammlung in Gannewitz erklärte der Volkskammerabgeordnete Fleißner von der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, im Kampfe um den Sturz der gegenwärtigen Regierung nahe die Stunde der Entscheidung. Die Arbeiterschaft solle jetzt Ruhe halten, aber bereit sein, bis der Ruf ertöne, der die jetzige Regierung zu Fall bringen werde. Die Unabhängige Sozialdemokratie sei zum Schlage bereit. Der Ring um Dresden sei geschlossen. Die Neustadt, der Pirnaer Bezirk, Gannewitz und der Plauensche Grund seien fest in ihrer Hand.

Da für Aeußerungen in Versammlungen leicht Zeugen zu beschaffen sind, muß vorausgesetzt werden, daß die obigen Aeußerungen im wesentlichen richtig wiedergegeben sind. Ein übles Bild wird sichtbar. Im Landtag forderten die Unabhängigen die Aufhebung des Belagerungszustandes mit der Begründung, die öffentliche Sicherheit werde von niemand bedroht. In derselben Sache sagte der Unabhängige Rösch am Donnerstag im Dresdner Stadtverordnetenkollegium, es bestünden keinerlei Anzeichen dafür, daß wiederum Putsche inszeniert werden könnten. Fleißner aber redet in seinem Dresdner Vorort ganz im Stile der ehemaligen Ludendorffschen Heeresberichte von der unabhängigen Umzingelung Dresdens und droht mit neuen Putschen.

Ist das nun Doppelzüngigkeit oder politische Konfusion? Wir haben es uns längst abgewöhnt, darüber zu grübeln, wir nehmen das unabhängige Parteigebilde hin als ein Gemengsel von Hysterie und politischer Unehrlichkeit. Aber die Arbeiter — was sagen die dazu? Wir stehen vor schweren Entscheidungen in Versailles, im Innern gehen die Kohlen und die Nahrungsmittel zu Ende, wir brauchen die Aufbietung aller Wirtschaftskräfte, um Volk und Land vor einem furchtbaren Zusammenbruch zu retten — da drohen unabhängige Führer mit Putschen, die zur Hungerkatastrophe führen müßten! Die Unabhängigen sind „zum Schlage bereit"! Gegen wen und warum?

Die Leipziger Volkszeitung und die kommunistische Rote Fahne haben auf diese Frage vor einiger Zeit einmal charakteristische Antworten gegeben, als sie einander nach den sinnlosen Streikputschen im März und April vorwarfen, daß die Kämpfe Unsinn, Zersplitterung, Dummheiten gewesen seien, die nur die Arbeiter geschädigt hätten. Jetzt sind die hiesigen Unabhängigen „zum Schlage bereit". Warum? Damit sie hinterher wieder erklären können: Es war eine Dummheit!

Menke erklärte in der letzten Stadtverordnetensitzung, die Unabhängigen würden mit der Sozialdemokratie bei den nächsten Wahlen abrechnen. Einverstanden! Auf dieser Basis können wir uns mit den Unabhängigen für Aufhebung des Belagerungszustandes einigen. Gegen Streik- und Putschdrohungen aber werden wir uns entschieden kehren. Denn wie die sächsischen Revolutionshysteriker nach den mißlungenen Märztreibereien gestanden, treffen solche wirtschaftszerstörende Dummheiten die Arbeiter in erster Linie!

Jetzt soll sich das hiesige Proletariat zu neuen Unsinnigkeiten mißbrauchen lassen? Für wie dumm schätzen die unabhängigen Macher unsere Arbeiterschaft eigentlich ein?! Sie werden auf Grunzt beißen, wie bisher.

•

Unabhängiger Spartakismus.

Die [illegible] Verbindung der Unabhängigen mit den Spartakisten kommt [illegible] deutlich zum Ausdruck: Der Kommunist Dittmann [illegible] der bisher in vielbesuchten Versammlungen für die Kommunisten [illegible] und der Unterschied der Unabhängigen mit schwerender Zunge vorhielt, daß sie unkonsequent, allzu nachgiebig und nicht zielbewußt genug seien, ist seit einigen Tagen zum — verantwortlichen Redakteur der Unabhängigen Volkszeitung in Dresden avanciert, die bekanntlich von dem ehemaligen Kriegsminister Fleißner mehr schlecht als recht geleitet wird.

Die Unabhängige Volkszeitung wird jetzt eine „Wendelei" — d. h. Herr Eichhorn wird dafür sorgen, daß sie nicht mehr inkonsequent, nicht mehr nachgiebig, aber dafür um so zielklarer spartakistisch wird. In der Volkskammer aber wird Herr Fleißner sich wieder hinstellen und wie am 20. Mai behaupten, daß seine Partei sich von den Kommunisten erheblich unterscheide. Wir sind neugierig, wann die Arbeiter, die jetzt noch diesen Fleißnerianern nachlaufen, endlich das revolvierte Doppelspiel dieser Leute durchschauen werden.

Revolutionäre Zwischenfälle.

Die Pariser Ausstandsbewegung hat nach einer Meldung aus Genf vom 6. Juni noch nichts an Stärke eingebüßt; sie dauert noch immer fort. Mehrere Syndikate, u. a. das der Bäckerarbeiter und der Wäschereien, haben sich der Bewegung angeschlossen. Die Regierung beabsichtigt, den Pariser Lokalverkehr durch Militär aufrecht zu erhalten.

Das Organ Hervés, die Victoire, meldet, daß sich in Toulouse revolutionäre Zwischenfälle ereignet hätten. Einzelheiten über diese Vorfälle werden von der Zensur unterdrückt. So erscheine die Humanité, die einen längeren Bericht darüber veröffentlichen wollte, mit weißen Spalten, die von der Zensur herrühren. Dem Journal zufolge ist ein allgemeiner Eisenbahnerausstand zu befürchten. Die Gewerkschaft wird über den Anschluß an die Bewegung Beschluß fassen.

Nach Meldungen aus Versailles dehnen sich in der Bauindustrie die Streiks aus. In der Metallindustrie dauern die Verhandlungen fort, doch ist eine Verständigung noch nicht erzielt. Die Gebäude werden seit gestern militärisch bewacht. Wie Echo de Paris meldet, hat die Gemeinde Vaillon sous Bois, die der Mittelpunkt der Propaganda ist, allen Streikenden Arbeitslosenunterstützung zugesichert.

Wie Journal meldet, hat der Pariser Polizeipräfekt am Donnerstag abend in Uebereinstimmung mit dem Militärdepartement in Paris strenge Polizeimaßnahmen beschlossen. Neue Kavallerie- und Infanterieregimenter wurden Freitag nach Paris gebracht, um die Polizei zu unterstützen.

Aus Amsterdam wird gedrahtet, daß die sozialistischen Abgeordneten der französischen Kammer nach Meldungen englischer Blätter aus Paris beschlossen haben, durch eine direkte Aktion gegen den von den Alliierten beabsichtigten Frieden des Imperialismus zu protestieren. Danach sind ungefähr 80 sozialistische Abgeordnete der Mehrheit und der Minderheit entschlossen, am Tage der Friedensunterzeichnung dem Kammerpräsidenten Deschanel gemeinsam ihre Mandate mit der Begründung zur Verfügung zu stellen, daß sie sich in keiner Form an dem Frieden der Vergewaltigung mitschuldig machen wollen.

Protestgeneralstreik in Berlin.

In einer Vollversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte wurde Freitag vormittag mit 900 gegen 5 Stimmen der Beschluß gefaßt, in einen Generalstreik zum Protest gegen die Hinrichtung Levinés einzutreten. Der Streik begann Freitag mittag um 1 Uhr und endet Sonnabend abend 6 Uhr. Es sollen sich auch die Straßenbahner und Eisenbahnbeamten und -arbeiter am Streik beteiligen; ausgenommen sind nur die Lebensmittelbetriebe sowie die Gas- und Wasserwerke.

Der Berliner Proteststreik gegen die Vollstreckung des Münchner Todesurteils hat, soweit sich bisher übersehen läßt, zu Zwischenfällen keinen Anlaß gegeben. Berlin zeigt ein völlig ruhiges Straßenbild, hauptsächlich infolge der Einstellung des gesamten Straßenbahnverkehrs. Hoch- und Untergrundbahn sowie der Ring- und Stadtbahnverkehr funktionieren regelmäßig. Von den getroffenen umfangreichen militärischen Sicherheitsmaßregeln ist auf den Straßen nicht viel zu bemerken. Infolge des Proteststreiks sind Sonnabend morgen die Berliner Zeitungen nicht erschienen.

•

Der Vorwärts erklärt sich in seinen Gefühlen mit der Berliner Arbeiterschaft bei diesem Protest durch die Einstellung der Arbeit einig. Er erklärt den Streik als ein berechtigtes Mittel der Manifestation, wenn dabei terroristischer Druck und Gewalttätigkeit jeder Art vermieden wird.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19190607/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG